

vor allem (a) das System für regionale Sicherheit, (b) die in der Resolution 1080 der Generalversammlung definierten Mechanismen zur Verteidigung von Demokratie und verfassungsgebundenen Regimen, (c) die guten Dienste des Generalsekretärs, (d) die Arbeit der Einheit zur Förderung von Demokratie auf dem Feld der Konfliktprävention und der Beobachtung von Wahlen, sowie (e) das System zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte, dessen zentrale Organe die Inter-Amerikanische Kommission und der Inter-Amerikanische Gerichtshof für Menschenrechte darstellten.

Der Inhalt: *David Carment/Albrecht Schnabel*, Conflict Prevention – Taking Stock; *Bruce W. Jentleson*, The realism of preventive statecraft; *Raimo Väyrynen*, Challenges to preventive action: The cases of Kosovo and Macedonia; *Andrea Kathryn Talantino*, Evaluating success and failure: Conflict Prevention in Cambodia and Bosnia; *Simon Duke*, Regional organizations and conflict prevention: CFSP and ESDI in Europe; *Hans-Georg Ehrhart*, A good idea, but a rocky road ahead: The EU and the Stability Pact for South Eastern Europe; *Natalie Mychajlyszyn*, The OSCE and conflict prevention in the post-Soviet region; *David Last*, Early warning and prevention of violent conflict: The role of multifunctional observer missions; *John G. Cockell*, Early warning analysis and policy planning in UN preventive action; *Dane Rowlands/Troy Joseph*, The International Monetary Fund and conflict prevention; *Rasheed Draman*, Conflict prevention in Africa: Establishing conditions and institutions conducive to durable peace; *Oswaldo Kreimer*, Conflict prevention in the Americas. The Organization of American States).

Torsten Geise

– *Gerda Mehta/Klaus Rückert* (Hrsg.), *Mediation und Demokratie. Neue Wege des Konfliktmanagements in größeren Systemen*, Heidelberg (Carl-Auer-Systeme Verlag) 2003.

ARGE Bildungsmanagement, eine private Institution für Bildung und professionelle Weiterentwicklung, veranstaltet seit September 1999 in Wien regelmäßig Konferenzen für Mediation. Die 2. Konferenz fand unter dem Arbeitstitel »*Mediation und Demokratie*« statt. Eine Auswahl der dortigen Beiträge ging in diesen Sammelband ein.

Demokratie ist eine Grundlage des menschlichen Zusammenlebens. Wie aber wird innerhalb einer Demokratie mit Konflikten umgegangen? Mit Konflikten zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen und ihren jeweiligen Interessen innerhalb einer Demokratie (inter-demokratische Konflikte), und mit Konflikten zwischen einer Demokratie und anderen Nationen und Völkern (intra-demokratische Konflikte)? Diese Fragestellungen stellen die gedankliche Ausgangslage der einzelnen Beiträge dar, die Mediation als alternatives Mittel zur

Konfliktregelung vorstellen.

Die Herausgeber wollen aber nicht nur die Einsetzbarkeit der Mediation als Möglichkeit des Konfliktmanagement in größeren Systemen vorstellen. Ein weiterer Anspruch der Herausgeber ist es, den Leser Mediation als Mittel zur politischen Beteiligung aufzuzeigen. Denn eine Demokratie braucht nicht nur eine gewählte Regierung, sondern auch Bürger, die »als politische Personen« (S. 26) agieren und aktiv ihre Interessen und Lebensbedingungen beeinflussen und verändern. Diese Einstellung soll dem Leser ebenso vermittelt werden, wie auch auf welche Art und Weise er Mediation dafür einsetzen kann. Dabei wird Mediation als »Form der Konfliktregelung verstanden, bei der die Konfliktparteien unter Mithilfe eines außenstehenden allparteiischen Vermittlers ihre Interessensgegensätze einvernehmlich zu lösen bzw. zu überwinden versuchen.« (S. 19)

Der Sammelband ist in fünf Kapitel untergliedert. Die Beiträge des ersten Kapitels, »*Unterstützung für eine lebendige Demokratie*«, beschäftigen sich mit dem einzelnen Bürger in einer Demokratie. Die Autoren behandeln dabei so unterschiedliche Aspekte wie beispielsweise konkrete Ansätze von Caspar Einem zur Sicherung der demokratischen Rechte und Interessen von sozial schwachen Gruppen. Der Beitrag von Host Zilleßen dagegen betont die Bedeutsamkeit der Teilnahme der Bürger an der Demokratie. Die Grundlage einer derartigen Partizipation des Bürgers kann nach seiner Meinung durch Mediation geschaffen werden, da durch Mediationsverfahren zwischen den Konfliktparteien eine Kommunikation unter Gleichen möglich wird.

Der Titel des zweiten Kapitels lautet »*Stellenwert und Grenzen der Mediation in einer demokratischen Gesellschaft*«. Die meisten Beiträge beschäftigen sich darin mit dem Einsatz von Mediation im öffentlich Bereich. Markus Troja stellt zunächst Defizite von öffentlichen Institutionen dar, die als Mängel in ihrer Konfliktregelung deutlich werden. Ob diese Defizite durch den Einsatz von Mediation als kooperativem Konfliktregelungsverfahren vermieden werden, untersucht Troja anhand von Fallstudien.

Friedrich Glasl beschreibt ein Modell der Anwendungsmöglichkeiten unterschiedlicher Mediationsverfahren, bei dem er abhängig vom Eskalationsgrad des jeweiligen Konfliktes unterschiedliche Intervention vorschlägt.

Der dritte Abschnitt des Sammelbandes, »*Mediative Beiträge zu zivilen Konfliktbearbeitungen*«, beschreibt konkrete Anwendungen von Mediation. Dies beinhaltet beispielsweise dauerhafte Einrichtungen mit Schiedsgerichtscharakter, wie das »Multi-door Courthouse in Hamburg«, das von Monika Hartges vorgestellt wird. Aber auch rein zivile Mediationsverfahren, wie zum Beispiel die Einleitung eines Dialogs in Gemeinden in

Nachkriegskroatien, werden beschrieben.

Im vierten Kapitel, »*Know-how der Mediatoren und Mediatorinnen. (Auf-)Lösungen auf die Sprünge zu helfen*«, werden unterschiedliche Arten, Konflikte zu betrachten, beschrieben. Dies umfasst so unterschiedliche Beiträge wie den von Friedrich Glasl oder den von Jürgen R.E. Bohl.

Glasl unterscheidet zwei grundlegende Typen von Konflikten und Konfliktteilnehmern, die sich in ihrem Ablauf und dementsprechend auch in den Möglichkeiten der Interventionsmittel unterscheiden. Dagegen zeigt Bohl die medizinischen Grundlagen dafür auf, wie Gedanken Einfluss erlangen, aber auch, wie abhängig dieser Einfluss von der Offenheit der Menschen zum lebenslangen Lernen ist.

Die abschließende »*Nachlese*« stammt von Spomena Milacic. Sie wirft anhand Ex-Jugoslawiens die Frage auf, ob nicht auch Verschwörungstheorien eine Art der Konfliktlösung seien.

Der Inhalt: *Joseph Duss-von Werdt*, Freiheit – Gleichheit – Andersheit; *Horst Zilleßen*, Mediation als Form der Partizipation in der Zivilgesellschaft; *Caspar Einem*, Demokratisierung von Politik und Gesellschaft durch neue Formen der Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen; *Johan Galtung*, Demokratisierung der Mediation als Beitrag zu einer Friedenskultur und: Hintergründiges zum 11. September; *Friedrich Glasl*, Das Anwendungsspektrum unterschiedlicher Mediationsformen: Ein kontingenztheoretisches Modell; *Markus Troja*, Mediation als institutioneller Wandel in der Demokratie; *Sascha Ferz*, Das Spannungsverhältnis Privatautonomie versus Legalitätsprinzip; *Leo Montada*, Die (vergessene) Gerechtigkeit in der Mediation; *Emmerich Tálos*, Konfliktregulierung und Interessenvermittlung durch Sozialpartnerschaft; *Monika Hartges*, Das Modell ÖRA: Multi-door Courthouse in Hamburg; *Bill Diepeveen*, Mediation mit Gemeinden; *Gudrun Steinacker/Thomas Neufing*, Aus- und Fortbildung in ziviler Konfliktbearbeitung in der OSZE; *Hania M. Fedorowicz*, Dialogprozesse in politisch angespannten Gebieten; *Monsignore Samuel Ruiz Garcia*, Mediation hochexplosiver Konflikte; *Silvia Michal-Misak*, Politische Mediation – Ihre Grenzen und Möglichkeiten; *Friedrich Glasl*, Interventionsstrategien für heiße und kalte Konflikte im mikro- und mesosozialen Bereich; *Wilfried J. Graf/Anita Bilek*, Kritische Konflikttransformation nach Johan Galtung und John Paul Lederach; *Stefan Wiesinger/Ani Jinpa Lhamo*, Ars nova mediativa – Ein Dialog in Achtung und Achtsamkeit; *Gerda Mehta/Klaus Rückert*, Mächtigung mit Mediation und Zwangskontext; *Jürgen R. E. Bohl*, Wie gelangen Gedanken an die Macht?; *Spomena Milacic*, Verschwörungstheorie – Gift und/oder Heilmittel?

Friderike von Neindorff

## Besprechungen

**Robert Kagan, Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung**, Berlin (Siedler Verlag) 2003.

Nach *Fukuyama* und *Huntington* ist

nun ein neuer Liebling des politischen Feuilletons aufgetaucht. In einem Aufsatz für die *Policy Review* spitzte *Robert Kagan* bereits im Sommer 2002 die neuen Differenzen und ge-

gensätzlichen Sichtweisen von Amerikanern und Europäern zu dem Bild zu, die Amerikaner kämen eben vom Mars, während die Europäer von der Venus stammten. Auch wenn solche

Pointierungen nicht jedermanns Sache sind, so reichen sie offensichtlich doch aus, um die politische Debatte zu prägen, die seit jeher weniger auf Differenzierungen aus ist, sondern

gerne mit plakativen Schlagwörtern arbeitet. Mittlerweile ist der Aufsatz in erweiterter Form auch auf Deutsch unter dem Titel »Macht und Ohnmacht« erschienen. Vor dem Hintergrund der transatlantischen Krise um den Irak-Krieg gewann das Werk noch zusätzliche Brisanz – zumal nicht wenige Analysten wieder einmal das Ende des Westens an die Wand malten. Dabei hat die Auseinandersetzung über die richtige Politik gegenüber dem Irak nicht nur die transatlantischen Konflikte, sondern vor allem auch die machtpolitischen Defizite des europäischen Integrationsprozesses schonungslos offengelegt.

Für den neokonservativen *Robert Kagan* ist der Konflikt zwischen Europa und den USA in erster Linie astronomischer Natur. Europa lebe auf der *Venus*, einem posthistorischen Paradies des Friedens und des Wohlstands, die USA dagegen auf dem *Mars*, wo Sicherheit eine Frage der Macht und damit militärischer Gewalt sei. Für *Kagan* leben Amerikaner und Europäer somit in vollkommen unterschiedlichen Welten, die von unterschiedlichen Paradigmen geprägt sind. Die USA lebten in der Welt des »Realismus« während es sich die Europäer in der Welt des »Idealismus« behaglich gemacht hätten: »Es ist an der Zeit, mit der Illusion aufzuräumen, Europäer und Amerikaner lebten in ein und derselben Welt oder besäßen gar ein gemeinsames Weltbild. In der alles entscheidenden Frage der Macht – in der Frage nach der Wirkungskraft, der Ethik, der Erwünschtheit von Macht – gehen die amerikanischen und europäischen Ansichten auseinander. Europa wendet sich von der Macht ab oder es bewegt sich, anders gesagt, über diese hinaus. Es tritt eine in sich geschlossene Welt von Gesetzen, Regelungen, transnationalen Verhandlungen und transnationaler Zusammenarbeit, ein post-historisches Paradies des Friedens und des Wohlstands, das der Verwirklichung von *Kants* »ewigem Frieden« gleichkommt. Dagegen bleiben die USA der Geschichte verhaftet und üben Macht in der *Hobbes*'schen Welt aus, in der auf internationale Regelungen und Völkerrecht kein Verlass ist und in der wirkliche Sicherheit sowie die Förderung und Verteidigung einer liberalen Ordnung nach wie vor von Besitz und Einsatz militärischer Macht abhängen. Aus diesem Grunde verstehen sich Amerikaner und Europäer in wichtigen strategischen Fragen heute immer weniger.« (S. 7)

Dabei sieht der Autor den Abschied der Europäer von der Machtpolitik, die Zähmung und Einbindung des deutschen Potenzials (»Europas größte Errungenschaft – weltgeschichtlich gesehen sogar die größte Leistung internationaler Politik«!) und die Schaffung eines postmodernen europäischen Rechtssystems durch-

aus als Erfolg. Es dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass diese »Leistung« eine wichtige Voraussetzung hatte: die Präsenz der Vereinigten Staaten sowie die Existenz der NATO und – so möchte man hinzufügen – die Bedrohung durch die Sowjetunion. Die meisten Europäer erkennen das Paradoxe der Situation nicht: dass nämlich ihr Eintritt in das post-historische Paradies nur möglich war, weil die Vereinigten Staaten nicht den gleichen Weg beschrritten. Dank Amerikas Macht konnten sich die Europäer dem Glauben hingeben, Macht sei nicht mehr wichtig. Und ironischerweise gestattet just der Umstand, dass die Militärmacht der USA das europäische – und insbesondere das deutsche – Problem gelöst hat, den Europäern zu glauben, die US-amerikanische Militärmacht und die »strategische Kultur«, die sie aufrechterhalten hat, sei überholt und gefährlich. (S. 86 f.)

*Kagan* ist von der historischen Mission überzeugt, die Welt nach dem Bild der USA neu zu ordnen, und zugleich ganz offensichtlich auch begeistert darüber, dass diese auch die militärischen Möglichkeiten dazu haben. Zwischen Feinden und Verbündeten wird im Grunde kein Unterschied mehr gemacht. Beide haben sich unterzuordnen. Den Feinden drohen die Vereinigten Staaten ansonsten mit Krieg, den Verbündeten mit Irrelevanz. *Kagan* diagnostiziert in seinem Buch als Ursache des »transatlantischen Schismas« militärische Impotenz, die den Europäern keine andere Möglichkeit lasse, als das Leben in der Bedrohung bei gleichzeitiger Endlosverhandlung. Zur Illustration führt der Autor folgendes Gleichnis an: Ein Mann, der nur mit einem Messer bewaffnet ist, glaube, ein Bär, der durch den Wald streift, sei ein hinnehmbares Risiko. Am besten verstecke er sich und hoffe, dass der Bär nicht angreift, weil das Risiko, den Bären mit dem Messer zu jagen, zu groß sei. Derselbe Mann, mit einem Gewehr bewaffnet, komme zu einer anderen Risikoabschätzung. So weit, so schlicht. Interessanterweise wird gegen dieses »Gleichnis« in Deutschland gern ein anderes gesetzt, um die amerikanische Fixierung auf militärische Lösungen zu verdeutlichen, das da lautet: »Für den Besitzer eines Hammers sieht jedes Problem wie ein Nagel aus.« Angesichts der Macht der USA und der Ohnmacht Europas ist für *Kagan* jedenfalls die politische Auseinanderentwicklung der beiden Kontinente unausweichlich und unvermeidbar.

Für den Autor haben die Europäer »die *Hobbes*'sche Welt der Gesetzlosigkeit verlassen und sind in die Kantische Welt des ewigen Friedens eingetreten«. (S. 68) In diesem posthistorischen Paradies gelten untereinander durchaus die Regeln von Gesetzen und kooperativer Sicherheit. Mit anderen Worten, im Umgang mitein-

ander halte sich die westliche bzw. zivilisierte Welt an Recht und Gesetz; doch wenn man im äußereuropäischen Dschungel agiere, müsse man sich eben auch nach den Gesetzen des Dschungels richten, dies schließe Gewalt, Täuschung, Präventivschläge und was sonst noch notwendig sein mag mit ein. Immerhin räumt *Kagan* ein, dass eine allzu schlechte Einteilung in »realistische Amerikaner« und »idealistische Europäer« dann doch zu kurz greife, denn: »Auch Amerikaner sind Idealisten. In manchen Angelegenheiten sind sie sogar größere Idealisten als die Europäer. Aber sie haben keinerlei Erfahrung darin, Ideale ohne Anwendung von Macht zu verwirklichen. Ganz gewiß haben sie keine Erfahrung mit erfolgreicher supranationaler Politikgestaltung; und kaum Erfahrungen, die sie veranlassen könnten, an das Völkerrecht und internationale Institutionen zu glauben, so sehr sie sich dies vielleicht wünschten, und noch weniger Erfahrungen, die sie dazu bewegen könnten, gemeinsam mit den Europäern die Machtpolitik zu überwinden. Als gute Kinder der Aufklärung glauben die Amerikaner zwar immer noch an die Vervollkommnung des Menschen, und sie hegen auch noch gewisse Hoffnungen, dass sich die Welt vervollkommen lasse. Aber sie bleiben Realisten in dem beschränkten Sinne, dass sie noch immer an die Notwendigkeit von Machtpolitik in einer Welt glauben, die alles andere als vollkommen ist. Die Gesetze zur Regelung des gedeihlichen Zusammenlebens der Völker existieren ihres Erachtens nur deshalb, weil eine Macht wie die USA sie mit Waffengewalt verteidigt. Mit anderen Worten, die Amerikaner sehen sich mitunter tatsächlich als Revolverhelden – ähnlich einem *Gary Cooper* um »zwölf Uhr mittags« – [der dort allerdings das genaue Gegenteil eines Revolverhelden darstellt, M.K.]. Die Amerikaner werden die Bürger der Stadt verteidigen, ob es denen gefällt oder nicht [und man ist versucht hinzuzufügen, egal, ob diese dabei »drauf gehen« oder nicht, M.K.].« (S. 111 f.) Dem ist allerdings entgegenzuhalten, dass die These, Amerikaner hätten keine Erfahrung mit supranationaler Politik und internationalen Institutionen, schlicht falsch ist. Sowohl Völkerbund als auch Vereinte Nationen und NATO sind amerikanische Schöpfungen. Doch Differenzierungen sind ganz offensichtlich nicht das Anliegen des Buches, das sich eher als provokative Streitschrift denn als ausgewogene Analyse versteht. Für *Kagan* hat die Krise der transatlantischen Beziehungen auch mit dem Sieg des Westens über den Kommunismus zu tun: »(...) gerade der Erfolg des transatlantischen Projekts, die Lösung des europäischen Sicherheitsdilemmas, die Lösung der deutschen Fragen, die Vollendung ei-

nes »vereinigen und freien« Europas, die Beilegung der Konflikte auf dem Balkan, die Schaffung einer einigermaßen stabilen Zone von Frieden und Demokratie auf dem europäischen Kontinent – all diese großen und ehemals unvorstellbaren Errungenschaften führten zwangsläufig zu einem Bedeutungsverlust »des Westens.« (S. 94) Denn vor allem »(d)ie Existenz der Sowjetunion und die internationale kommunistische Bedrohung hatten die Amerikaner diszipliniert und ihnen klar gemacht, dass ihr aufgeklärtes Eigeninteresse in einer relativ großzügigen Außenpolitik insbesondere gegenüber Europa lag. Mit dem Ende des Kalten Krieges entfiel dieser disziplinierende Umstand.« (S. 95) »Der zunehmende Bedeutungsverlust, den »der Westen« als Ordnungsprinzip der Außenpolitik erfuhr, war jedoch kein rein amerikanisches Phänomen. Auch die Europäer waren nach dem Kalten Krieg der Ansicht, es gehe nicht länger um »den Westen«, sondern um »Europa«. Das vereinte Europa rangierte für sie fortan vor der Einheit des Westens. Als Gegenstück zum amerikanischen Nationalismus entstand ein europäischer »Nationalismus«, und auch wenn es nicht die Absicht Europas war, ist die gegenwärtige Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa wenigstens teilweise auf den Entschluss Europas zurückzuführen, sich als eigenständige Einheit, losgelöst von den USA, zu konstituieren.« (S. 99)

Vollkommen zurecht wendet sich der Autor gegen den Mythos von der »isolationistischen Tradition« Amerikas und weist darauf hin, dass die Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung ihre Macht und ihren Einfluss in sich ständig erweiternden Bögen vergrößerten: »Die Vormachtstellung, die Amerika im 19. Jahrhundert in der westlichen Hemisphäre erlangte, ist seither eine feste Größe der internationalen Politik. Die Ausweitung der strategischen Einflussphäre Amerikas nach Europa und Ostasien im Zweiten Weltkrieg wurde nie wieder rückgängig gemacht. (...) In dem Ende des Kalten Krieges sahen und sehen die Amerikaner eine Gelegenheit, ihre Einflussphäre nicht zu verkleinern, sondern zu erweitern, indem sie das von ihnen geführte Bündnis bis an die Grenzen Russlands ausdehnen, ihre Beziehungen zu jenen Staaten in Ostasien festigen, die rasche Fortschritte bei der inneren Demokratisierung machen und Interessensphären in Weltregionen abstecken, wie etwa in Zentralasien, von deren Existenz die meisten Amerikaner bis dahin nicht einmal wußten [und vermutlich bis heute nichts wissen, M.K.].« (S. 102)

Aufgrund der demographischen Daten geht *Kagan* zudem davon aus, dass wir gerade erst in eine lange Ära amerikanischer Hegemonie eingetreten seien, da die amerikanische Bevölkerung im Vergleich zur

europäischen schneller wachse und jünger werde. Zustimmung zitiert der Autor eine Analyse des *Economist*, in der künftig ein scharfer Gegensatz zwischen einem jungen, dynamischen, multikulturellen und vielfarbigen Amerika und einem alternden, zunehmend vergreisenden und in sich selbst versunkenen Europa prophezeit wird. Der Autor vertritt darüber hinaus die These, dass die geostrategischen Auswirkungen des 11. September ähnlich fundamental sein werden, wie die des japanischen Angriffs auf *Pearl Harbor*: So werde der 11.9. wahrscheinlich eine »dauerhafte amerikanische Militärpräsenz am Persischen Golf und in Zentralasien sowie eine langjährige Besetzung eines der größten Länder der arabischen Welt [gemeint ist der Irak, M.K.] nach sich ziehen.« (S. 112)

Dem Fazit von *Kagan* ist zumindest teilweise zuzustimmen: »Es muss innerhalb dessen, was einst »der Westen« genannt wurde, nicht zu einem »Zusammenstoß der Kulturen« kommen. Europäer und Amerikaner müssen sich beide an die neue Realität der amerikanischen Vorherrschaft anpassen. Und vielleicht beginnt die Bewältigung dieses Problems (...) damit, zuzugeben, dass es existiert, und es zu verstehen.« (S. 114)

*Kagans* These von den amerikanischen *Marsianern* und der europäischen *Venus* ist zweifelsohne originell und enthält sicherlich einen wahren Kern, sie ist jedoch zugleich stark vereinfachend und überzeichnet – was ein Essay als Denk- und Diskussionsanstoß durchaus sein darf, vielleicht sogar sein muss. Gleichwohl ist es beileibe nicht so, dass alle Europäer sich in einem postnationalen, institutionalistischen Idyll eingerichtet hätten und das Kriegführen und die Machtpolitik den USA überlassen möchten – damit täte man nicht nur Briten und Franzosen, sondern sogar den »machtvergessenen« Deutschen unrecht. Auch sind die Mitgliedstaaten der EU beileibe nicht die »militärischen Zwerge«, als die sie geradezu gebetsmühlenartig dargestellt werden. Die Europäer verfügen zusammen genommen über mehr Soldaten als die USA und geben mehr für Verteidigung aus, als jede andere Macht – mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. Auf der anderen Seite besteht die politische Klasse der USA auch nicht nur aus machiavellistischen Machtpolitikern – der liberale Institutionalismus ist nicht nur in den Vereinigten Staaten erfunden worden, sondern hat dort nach wie vor viele Anhänger. Die Mehrheit der Amerikaner unterscheidet sich bei der Frage, unter welchen Bedingungen militärische Macht angewendet werden soll, nicht wesentlich von den Europäern. Auch die Mehrheit der Amerikaner lehnt unilaterale Aktionen ab und bevorzugt ein Vorgehen zusammen mit den Partnern im Bünd-

nis.

Auch wenn das Recht die Schwachen schützt, ist es beileibe nicht nur etwas für Schwächlinge. *Kagan* vertritt eine verächtliche, geradezu *Nietzscheanische* Vorstellung von Recht, die auch der amerikanischen Rechtskultur selbst widerspricht. In einem Punkt hat *Kagan* jedoch Recht: »Der anhaltende Glaube der Amerikaner an die außerordentliche Stellung ihrer Nation und die damit verbundene Überzeugung, dass ihre Interessen und die Interessen der Welt identisch seien, mag man begrüßen, verspotten oder beklagen. Aber man sollte sie nicht in Zweifel ziehen.« (S. 104)

Spätestens seit dem Irak-Krieg gilt als ausgemacht, dass die Einheit des »Westens« an ihr Ende gelangt sei. Abgesehen davon, dass es diese vielbeschworene Einheit auch während des Kalten Krieges nur bedingt gab, sind die Totenglockchen die »dem Westen« und dem Atlantischen Bündnis allenthalben geläutet werden, verfrüht – ist dieser doch lebendiger, als viele meinen. Der Irak-Krieg hat zwar massive Meinungsunterschiede innerhalb des Westens zutage gefördert, diese spielen sich jedoch auch innerhalb der Europäischen Union ab. Nicht zuletzt die Tatsache, dass Mars und Venus auf dem Olymp ein (heimliches) Liebespaar waren, läßt für die Zukunft der europäisch-amerikanischen Beziehungen hoffen. Das legendäre Bonmot, welches *Frank Zappa* einst über den Jazz prägte, läßt sich somit auch trefflich auf die Atlantische Gemeinschaft anwenden: »*The West is not dead, It just smells a little bit funny.*«

Matthias Z. Karádi

**Harald Müller, Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September, Frankfurt am Main (Fischer Taschenbuch Verlag) 2003.**

Die Außenpolitik der USA während der ersten Präsidentschaft von George W. Bush ist Gegenstand zahlreicher Neuerscheinungen der letzten Monate. Die wissenschaftlichen Erörterungen sind ebenso gegensätzlich wie die tagespolitischen Auseinandersetzungen in den USA und in Europa. Auch die Schlussfolgerungen sind widersprechend: Während einige Autoren eine unabhängige Politik befürworten, plädieren andere Verfasser für mehr Rücksichtnahme und Einbindung. Wo einige von einer beginnenden »Pax Americana« schreiben, sehen andere bereits den Niedergang der einzigen Weltmacht voraus. Bevor man allerdings über Voraussagen und Empfehlungen streiten kann, sollten die Grundlagen für die amerikanische Außenpolitik näher betrachtet werden. Dazu bietet sich eine Neuerscheinung an, die der Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Frankfurt am Main und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hessischen

Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) im Fischer Verlag veröffentlicht hat. Harald Müller hat ein aktuelles, informatives und kluges Buch geschrieben. Am Ende weiß der Leser mehr über die Handlungen der Weltmacht USA, die Motive der politischen Entscheidungsträger in Washington und über die Zusammenhänge des internationalen Systems. Harald Müller ordnet den völkerrechtswidrigen Krieg der USA gegen den Irak ein in das neue Weltordnungsmodell der Bush-Administration. Abschreckung, Prävention und Präemption gegen Staaten und Gruppen, die die Führungsrolle und Handlungsfreiheit der USA bedrohen könnten, werden mit großer Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft zu den Inhalten amerikanischer Außenpolitik zählen. Denn, auch dies ist in den kleinen Bändchen gut belegt: Das neue Weltordnungsmodell ist in seinen Konturen lange vor der heutigen Bush-Administration erdacht und entstanden. Sie spricht und handelt vielmehr offener als ihre Vorgängerinnen. Der Unilateralismus begründet sich dabei nicht nur im Zusammenbruch der »New-Deal-Coalition« und in der Ideologie ländlich-religiöser Elemente sondern auch in der Absicht global operierender Unternehmen, internationale Regeln abzuschütteln. Deshalb wäre es illusorisch, zu glauben, ein neuer Präsident oder eine neue Präsidentin könnten allein den Wandel zugunsten eines multilateralen, kooperativen Ansatzes bewirken. Harald Müller ergründet zurecht amerikanische Außenpolitik in innenpolitischen Verhältnissen, und er weist nach, dass der Begriff der Zeitwende in Bezug auf den 11. September irreführend ist. Die neuen Bedrohungen sind nicht neu und die Probleme des internationalen Systems sind die alten Probleme: Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten und Regionen, Überbevölkerung, Umweltkonflikte, Rüstung, Bürgerkriege, mangelnde Teilhabe und fehlende Rechtsstaatlichkeit. Allenfalls das Aufkommen eines Megaterrorismus, der gepaart mit religiösen Motivlagen Massenmorde in sein strategisches Kalkül einbezieht, bedeutet Müller zufolge eine neue Qualität in der internationalen Politik. Der Bush-Regierung ist es dennoch gelungen, die Anschläge von New York und Washington für ihre Politik und die längst erdachten Konzepte zu instrumentalisieren. Anschließend untersucht Harald Müller die Potentiale anderer Regionalmächte und deren Stellung gegenüber den USA. Keines dieser Länder wird nach seiner Auffassung in absehbarer Zeit in der Lage sein, die letzte Weltmacht herauszufordern. Lediglich Europa könne durch seine wirtschaftliche Stärke mit den USA konkurrieren. Wichtiger sei dabei aber das europäische Projekt als weltordnungspolitische Alterna-

tive. Die gemeinsame Idee einer verdichteten multilateralen Rechts- und Teilhabegemeinschaft und die integrativen Stärken der Kooperation einschließlich verbindlicher Normen könnte letztlich das attraktive Spiegelbild zu den USA abgeben. Ob dieses Gegenstück genügt, die USA auf einen kooperativen und ausgleichenden Weg zurück zu führen, weiß auch der Autor nicht. Denn auch in Europa sind Gegenkräfte wirksam. Harald Müller betont dabei zurecht die immer öfter zu beobachtende Entdemokratisierung der Sicherheitspolitik und die mangelnde Bereitschaft der Parlamentarier, die Wirksamkeit des demokratischen Friedens und den Sonderfall militärischer Aktionen sicher zu stellen. Auch wenn es richtig war, das Buch möglichst aktuell herauszubringen, hätte man sich doch die Zeit für die Entwicklung eines Registers, eines Abkürzungsverzeichnisses und einer Bibliographie nehmen sollen. Dennoch: Das Buch bietet gegenwärtig den besten Überblick über die Strukturen, Handlungsmuster und Perspektiven des internationalen Systems.

Rolf Mützenich

**Joseph S. Nye, Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht, Hamburg (Europäische Verlagsanstalt) 2003.**

Während des Irak-Krieges sind zahlreiche Bücher über die Außenpolitik der Regierung George W. Bush veröffentlicht worden. Dabei fanden sowohl Kritiker als auch Apologeten, vor allem aus den USA, Interesse bei deutschen Lesern. In den meisten Fällen handelte es sich bei den Büchern um Verteidigungsschriften der aktuellen Politik oder um zynische Bemerkungen über die Machtzirkel und Machenschaften in Washington. Deshalb ist es verdientvoll, dass die Europäische Verlagsanstalt jetzt in deutscher Übersetzung das wichtige Buch von *Joseph S. Nye* über »Das Paradox der amerikanischen Macht« veröffentlicht hat. Im Gegensatz zu den zahlreichen oberflächlichen Betrachtungen der jüngsten Vergangenheit überzeugt das Buch durch seine Sachlichkeit, aber auch durch seine Handreichungen an die Politik. Der Autor war stellvertretender Verteidigungsminister in der Clinton-Administration und ist heute Dekan der Kennedy School of Government an der Harvard University. *Nye* entwirft ein differenziertes Bild amerikanischer Möglichkeiten und Grenzen in der internationalen Politik. Das Original erschien 2002 in Reaktion auf die Ereignisse des 11. Septembers und die sich abzeichnenden Schritte der Bush-Administration. Der Autor gliedert seine Arbeit in fünf Kapitel. Zuerst untersucht er die Voraussetzungen amerikanischer Macht. Er unterscheidet zwischen »harter« und

»weicher Macht«. Zu den Formen harter Macht zählt Nye die wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten der Weltmacht. Dem stellt er sogenannte Formen weicher Macht gegenüber: Kultur, Werte, Partizipation, Chancengerechtigkeit. Daraus entwickelt sich die Fähigkeit andere zu überzeugen. Mit seiner Definition, weiche Macht bestehe darin, »andere dazu zu bringen, dass sie das wollen, was man selbst will« knüpft Nye an die Beschreibung von Robert A. Dahl an, wonach Macht darin besteht, einen Akteur zu einer Handlung zu veranlassen, die er sonst nicht unternommen haben würde. Im Gegensatz zur Bush-Regierung folgert Nye, dass im globalen Informationszeitalter allein harte Macht keinen Einfluss sichert. Im Gegenteil: Die Machtverteilung im internationalen System gleicht einem komplexen dreidimensionalen Schachspiel. Auf der oberen Ebene ist die militärische Macht angesiedelt. Auf diesem Feld sind die USA unangefochten. Auf der zweiten Ebene stellt sich die wirtschaftliche Macht ein, die von staatlichen Entscheidungen unmittelbar oder relativ abhängig ist. Hier konkurrieren die USA mit Europa und Japan sowie in Zukunft mit dem Aufsteiger VR China. Auf der dritten Ebene bilden sich die Beziehungen ab, die sich staatlicher Einflussnahme entziehen. In diesem Bereich agieren Nicht-Regierungsorganisationen, Einzelpersonen und Terroristen. Die Ebenen sind nicht isoliert sondern untereinander wie ein Spinnennetz verbunden. Nye zieht daraus folgenden Schluss: »Wer sich auf einem dreidimensionalen Spielfeld bewegt, wird verlieren, wenn er sich nur auf die zwischenstaatliche militärische Ebene konzentriert und dabei die anderen Spielebenen sowie ihre vertikalen Bindungen übersieht.« Angesichts der neuen Möglichkeiten im Informationszeitalter müsse daher mehr und mehr weiche Macht in die internationale Politik einfließen, um langfristige amerikanische Interessen zu sichern. Der Autor sieht dafür günstige Voraussetzungen, allerdings müsse die Politik auch korrigieren. Die Globalisierung stärke die Position der USA, und das Inneingreifen von Informationstechnologie, Wirtschaftspraktiken und Wirtschaftspolitik werde diese Stellung noch unterstreichen. Dagegen wären die Probleme in der Bildung und bei der Verteilungsgerechtigkeit auffallend. Als die eigentliche Achillesferse könne sich aber die Rückkehr zum Protektionismus und die zunehmende staatliche Verschuldung erweisen. Nye empfiehlt der Regierung, dass »Amerikas harte Macht so eingesetzt wird, dass sie seine weiche Macht nicht unterminiert«. Zuerst müsse eine politische Strategie die globalen Gemeingüter sichern helfen. Dazu zählt er die Bewahrung der Machtverhältnisse in wichtigen Regionen,

das Eintreten für eine offene Weltwirtschaft, die Einhaltung internationaler Abkommen, die Förderung internationaler Regelwerke und Institutionen, die Entwicklungshilfe und die Vermittlung von Bündnisse und Schlichtung von Konflikten. Auch Nye ist nicht generell gegen Gewaltanwendung in der internationalen Politik. Allerdings plädiert er in Fällen humanitärer Katastrophen für ein genaues Abwägen des Interventionsgrades und der Angemessenheit, für die Überprüfung des gerechten Anliegens und der Erfolgsaussichten, für eine Interessenabwägung, für die Vorrangstellung regionaler Akteure, für eine eindeutige Definition des Genozids und für Zurückhaltung bei Autonomie- und Sezessionskriegen. Zwar wendet sich der Verfasser nicht grundsätzlich gegen ein unilaterales Vorgehen, allerdings sollten es sich die USA zum Ziel setzen, »wann immer möglich in globalen Fragen mit anderen Nationen multilateral zusammenzuarbeiten«. Weil im globalen Zeitalter eine Vielzahl internationaler Fragen eine multilaterale Struktur entwickeln, wegen der Veränderungen, die der Begriff der Souveränität erfährt und wegen der negativen Auswirkungen auf die weiche Macht durch einseitige Schritte muss seiner Auffassung nach eine unilaterale Strategie langfristig scheitern. Gerade die USA sollten internationale Organisationen dadurch stärken, in dem sie Maßnahmen ergreifen, um »dem befürchteten Demokratiedefizit gegenzusteuern und die Verantwortlichkeit und Legitimität der multilateralen Einrichtungen und Netzwerke zu stärken, die das notwendige Kontrollinstrument in einer globalen Welt bilden«. Hierzu schlägt Nye aus seiner Regierungserfahrung ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor. Insgesamt leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Debatte. Wenn die gegenwärtige Regierung in Washington an die Grenzen ihrer nationalen Sicherheitsdoktrin stößt, kann sie bei Nye einen Ausweg geschildert bekommen. Vernünftiger wäre es allerdings gewesen, die Entscheidungsträger in den USA und in Europa hätten sich früher die Schlussfolgerungen von Nye zu eigen gemacht.

Rolf Mützenich

**Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hrsg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden (Westdeutscher Verlag) 2002.**

Der knapp 1.600 Seiten umfassende Band betrachtet die Thematik der Gewaltforschung aus einer vielschichtigen sozialwissenschaftlichen Perspektive. Gewaltphänomene in modernen westlichen Industriegesellschaften stehen im Vordergrund, wobei primär auf personale Gewalt und Gewalt von Gruppen fokussiert wird. Da es zu umfassend wäre,

das Gewaltphänomen in seiner Gesamtheit zu beleuchten, wurden u.a. spezifische Themen wie Genozide außerhalb Europas, Krieg als zwischenstaatliche Gewalt sowie die Gewaltproblematik in der Dritten Welt und Süd-Ost-Asien außer Acht gelassen. Trotz oder auch gerade wegen dieser Einschränkungen bietet das Handbuch bezogen auf den Erkenntnisstand der sozialwissenschaftlichen Gewaltforschung einen äußerst komplexen und systematischen Überblick. Es zeigt auf, wie Hintergründe, Entstehungsbedingungen, Entwicklungen von Gewalt sowie Möglichkeiten der Konfliktregulierung interagieren. Seine Komplexität hat es aber nicht nur der Themenbreite zu verdanken, sondern auch der internationalen Autorenschaft sowie der interdisziplinären Zusammenschau.

Das Handbuch besteht aus 63 Beiträgen einzelner Autoren bzw. Autorenteamen. Es würde jedoch den Rahmen sprengen, alle Namen und Titel im einzelnen aufzuführen, deswegen bleibt es bei einer zusammenfassenden Betrachtung. Der Sammelband ist thematisch in drei Bereiche gegliedert: Der erste Teil (I), die sog. »Rahmenschreibung«, legt zunächst zentrale Elemente für die fortfolgenden Ausführungen fest, indem er sich mit dem Gewaltbegriff, seinen Definitionen und Dimensionen im allgemeinen sowie den sozialwissenschaftlichen Ansätzen zur Gewaltforschung im besonderen auseinandersetzt. Auch die Entwicklung von Gewalt bezüglich ihrer Homozidhäufigkeit in verschiedenen europäischen Ländern wird hier mittels Datenanalysen und statistischen Erhebungen über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet.

Der zweite Themenkomplex, der eigentliche Hauptteil, beschäftigt sich mit den relevanten Elementen des Forschungsgegenstandes. So stehen nicht nur individuelle und kollektive Akteure als »Kommunikatoren« von Gewalt im Mittelpunkt der Betrachtungen, sondern auch deren »Rezipienten«: die Opfer. Da es zentrales Anliegen der Herausgeber ist, »Gewalt als Ergebnis sozialer Prozesse und nicht als bloßes Mittel zu begreifen« (S. 23), wird zudem der Einfluss sozialstruktureller Bedingungen öffentlicher wie privater Art auf den Entwicklungsprozess von Gewalt analysiert. So werden zunächst sozialstrukturelle Gegebenheiten wie Armut, ethnische Segregation und Gender-Perspektiven sowie staatliche Akteure und Aktionen in Form von Militär, Polizei, Holocaust und Folter thematisiert (II.1). Im folgenden geht es dann um die zwischen Gruppen und Kollektiven auftretende Gewalt, die sich politisch und ideologisch motiviert in Bürgerkriegen, Terrorismus, Vigilantismus und Pogromen manifestiert (II.2). Der nächste Abschnitt (II.3) setzt sich speziell mit der Frage-

stellung auseinander, wie Menschen zu Tätern werden. Zur Erklärung werden lernsozialisationstheoretische und sozialpsychologische Konzepte herangezogen, um den Einfluss von Familie, Peergroup, Medien sowie die Problematik von Schusswaffen und organisierter Kriminalität zu verdeutlichen. Auch evolutionspsychologische Ansätze werden hier beleuchtet. Der vierte Abschnitt des Hauptteils (II.4) beschäftigt sich mit den Gewaltopfern selbst, seien es Individuen wie Kinder, Lebenspartner und Suizidgefährdete oder Kollektive wie soziale Außenseiter, ethnische und religiöse Randgruppen sowie sexuelle Minderheiten. Anschließend werden gesellschaftliche Institutionen und öffentliche Räume beschrieben, in denen Gewalt auftritt (II.5). Dabei wird besonders das Umfeld der Familie, der Schule, des Arbeitslebens und der Freizeit betrachtet, aber auch Gewalt im Straßenverkehr und in der Stadt. Schließlich diskutieren die Autoren im sechsten Abschnitt (II.6) verschiedene Ideologien und Aspekte, die die Ausübung von Gewalt legitimieren. Abschließend stehen im letzten Abschnitt (II.7) Gewaltprozesse und deren Dynamik im Vordergrund, wobei verschiedene Eskalations- und Deeskalationsmuster sowie deren Konfliktkultur aufgezeigt werden.

Der dritte Themenkomplex (III) beschäftigt sich in zwei Beiträgen mit der methodologischen und methodischen Problematik der Gewaltforschung, indem qualitative und quantitative Erhebungs- und Auswertungsverfahren einander gegenübergestellt werden.

Eine einzelne Würdigung der Beiträge würden den Rahmen sprengen und wäre auch hinsichtlich der Themenbreite und der unterschiedlichen perspektivischen Herangehensweise nicht gerechtfertigt. So ist insgesamt festzustellen, dass der Anspruch des Sammelbands, ein Interaktions-anstelle eines Erklärungsmodells zu präsentieren, voll erfüllt wird. Dazu trägt vor allem die multiperspektivische und interdisziplinäre Synopse bei, die dem Leser einen breiten und fundierten Überblick ermöglicht. Aufgrund der Themenfülle lassen sich einzelne Redundanzen nicht vermeiden, was aber die Erschließung der Thematik nicht nachhaltig beeinträchtigt. Immerhin setzten sich Autoren aus 10 Ländern mit den unterschiedlichen Gewaltphänomenen auseinander, wobei trotz der Länderbreite (Deutschland, USA, Kanada, Großbritannien, Spanien, Italien, Norwegen, Schweiz, Frankreich und Israel) ein deutscher und amerikanischer Schwerpunkt auszumachen ist. Positiv anzumerken ist außerdem, dass sich die meisten Autoren bemühen, die eigene nationale Orientierung zugunsten eines internationalen Resümées zu erweitern. So versuchen sie, Grenzen der Forschung

herauszuarbeiten, umstrittene Begriffe zu konkretisieren, unterschiedliche Dimensionen zu erschließen und darüber hinaus eine Verknüpfung im internationalem Kontext herzustellen. Das Handbuch hat somit die Grundlage für zusätzliche Diskussionen in einem internationalen Rahmen geschaffen. Eine weitere gegenseitige Erschließung der Forschungstraditionen und Befunde auf dieser Basis wäre für die Zukunft wünschenswert. Die einzelnen Beiträge folgen einem einfachen Aufbauschema, indem nach einer allgemeinen

Einleitung bzw. einer Definition des zu analysierenden Gegenstandes der theoretische Ansatz mit den entsprechenden empirischen Ergebnissen dargestellt wird. Nach einer näheren Ursachenbetrachtung schließen sich Desiderata sowie Präventionsansätze an. Aufgrund dieser Kohärenz gelingt den Autoren weitgehend eine leserfreundliche Aufschlüsselung der komplexen Thematik. Während die Stärke des Sammelbandes vor allem auf theoretischen Ansätzen und empirischen Befunden liegt, könnten die Ergebnisse zur Konfliktprävention

und Intervention durchaus noch umfangreicher ausfallen. Aber letzteres muss wohl eher der Forschungslage angelastet werden. Hervorzuheben ist weiterhin, dass in diesem Werk nicht nur die Gewaltakteure im Mittelpunkt stehen, sondern auch den Opfern der ihnen gebührende Raum geboten wird. Letzteres wurde in der Vergangenheit innerhalb der Gewaltforschung oftmals vernachlässigt.

Alles in allem stellt das Handbuch ein Sammel- und Nachschlagewerk dar, das bisher seinesgleichen sucht, trotz der Betonung der Herausgeber,

nur eine begrenzte Konzeption zu vertreten. Gerade weil bisher vornehmlich nationale, bereichsbezogene Werke existierten, bietet der Sammelband einen Anknüpfungspunkt, im Sinne einer wechselseitigen Perspektivenübernahme weiterzuschreiten und darauf aufzubauen. So könnte letztendlich die Idee der Herausgeber, es als Grundlage für eine »Agentur der Internationalen Gewaltforschung« (S. 24/25) zu verwenden, doch noch realisiert werden.

Silke Drost